



Ausschuss für Kommunalpolitik

24. Sitzung (öffentlich)

8. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren **5**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

APr 15/228

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss wegen Beratungsbedarfs zu verzichten und schließt damit seine Beratungen zu diesem Antrag ab.

2 Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken: Interkommunale Zusammenarbeit systematisch fördern 6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/858

Ausschussprotokoll 15/206

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Aussprache den Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

3 Den Kommunen einen verlässlichen Rahmen für die schulische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben! 9

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1793

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss verzichtet nach kurzer Verständigung einvernehmlich auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung und schließt damit seine Beratungen zu diesem Antrag ab.

4 NRW lehnt Kürzungen bei der Städtebauförderung ab und braucht sichere Ko-Finanzierung durch den Bund! 10

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2213

Der Ausschuss kommt ohne weitere Aussprache einvernehmlich überein, an der im federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr beabsichtigten Anhörung nachrichtlich beteiligt zu werden.

5	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung	11
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2151	
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen Termin und Größe des Sachverständigenkreises festgelegt werden.	
6	Demokratische Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken – Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahl in NRW einführen	12
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2081	
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen die Details verabredet werden.	
7	Beförderungen in Kommunen in Haushaltssicherung	13
	Bericht der Landesregierung Vorlage 15/731	
	– Bericht von Minister Ralf Jäger (MIK)	13
	– Diskussion	13
8	Verschiedenes	23